

**F.A.Z., 11.12.2015, Frankfurt (Rhein-Main-Zeitung), Seite 35** - Ausgabe R-DA, R-WI, R-MK, R-HT, R-F - 462 Wörter

## **Auch Freier in der Pflicht**

### **Justizministerin zum neuen Prostitutionsgesetz**

Die hessische Justizministerin Eva Kühne-Hörmann (CDU) fordert, bei der Novellierung des Prostitutionsgesetzes künftig auch die Freier mit in die Verantwortung zu nehmen. "Ich könnte mir vorstellen, dass die Einführung einer Strafbarkeit der Freier ein Weg wäre, um der Zwangsprostitution etwas entgegenzusetzen", sagte die CDU-Politikerin bei einer Veranstaltung der internationalen Frauenorganisation Zonta. Die beiden Frankfurter Clubs hatten Kühne-Hörmann gebeten, über die Gesetzesnovelle zu referieren. Die Frauenorganisation kämpft weltweit gegen Gewalt gegen Frauen. Die CDU-Politikerin machte deutlich, dass sie nicht dafür plädiere, Freier generell zu bestrafen. Doch wenn die Männer gegen die angedachten Regeln verstießen, wozu etwa eine Kondompflicht und die Prüfung gehöre, ob die Frauen angemeldet seien, müsse das auch geahndet werden, fordert die Ministerin.

Prostitution habe es immer gegeben. Es sei nicht zu kritisieren, wenn Frauen freiwillig diesem Gelderwerb nachgingen, sagte die Ministerin. CDU und SPD in Berlin haben sich in ihrer Koalitionsvereinbarung darauf verständigt, das Prostitutionsgesetz zu ändern, weil es zu viel Zwangsprostitution und damit von Kriminellen organisierten Menschenhandel in Deutschland gebe. Rot-Grün hatte 2002 einen gesetzlichen Rahmen für Prostituierte geschaffen, um sie gesellschaftlich anzuerkennen. Durch die östliche Erweiterung der EU und verschärfte Gesetze in den Nachbarländern wie in Frankreich und Schweden habe das Gesetz jedoch dazu geführt, dass sich Deutschland zur Hochburg der Prostitution entwickelt habe, sagte Kühne-Hörmann. Der Staat sei nun gefordert, die Auswüchse wieder einzufangen.

Was bisher vom SPD-Bundesfamilienministerium vorgelegt worden sei, "ist nicht mehr als ein Diskussionspapier", sagte Kühne-Hörmann. Das Meinungsspektrum zu dem Thema sei unglaublich vielfältig. Kühne-Hörmann spricht sich gegen ein generelles Verbot der Prostitution aus. Das dränge das Geschäft nur in die Illegalität mit Zuständen, die mit der Menschenwürde sicher nicht zu vereinbaren seien. Dann gebe es keinen Schutz mehr für die Frauen, aber auch nicht für Freier, nichts sei mehr zu kontrollieren. Es müsse daher eine Mischung aus staatlicher Regulierung und Freiräumen geben. Den Vorschlag des Bundesministeriums, eine Meldepflicht für die Prostituierten und für Bordelle eine Betriebserlaubnis zu fordern, sieht die CDU-Politikerin kritisch. Sie habe Zweifel, wie die Regelungen zu kontrollieren seien.

Auf die Frage des Moderators der Veranstaltung, des F.A.Z.-Redakteurs Reinhard Müller, wie sie die Prostitution künftig regeln würde, sagte Kühne-Hörmann, sie würde von Anfang an mehr auf Prävention setzen. Dazu gehöre auch eine Informationspolitik in den "Anwerbeländern", die EU sei gefordert, die Bedingungen in den osteuropäischen Ländern zu verbessern. Aber auch in Deutschland gerieten Frauen aufgrund von Notsituationen in die Prostitution. Es brauche mehr Hilfsangebote und Unterstützung für Frauen, die aussteigen wollten.

Das Thema Prostitution müsse mehr in die Gesellschaft hineingetragen werden, sagte die Ministerin. Es werde gemeinhin als Randthema behandelt, dabei deute alles darauf hin, dass "es uns breit betrifft", sagte die Ministerin, "doch es fällt uns schwer, uns damit auseinanderzusetzen".

mch.

**Autor/ en:** Harting, Mechthild (mch.)